WP-01-K2-123

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Beschlussdatum:	05.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 123 bis 126:

~~Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen – ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und für gesellschaftliche Teilhabe. Mit dem Housing-First-Ansatz können wir Obdachlose direkt in eigene Wohnungen vermitteln.~~

Wohnen ist ein Menschenrecht und Grundlage für ein würdevolles Leben. Deshalb tun wir alles, um Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Niedrigschwellige präventive Hilfen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und ein besserer Schutz vor Zwangsräumungen sind dabei unerlässlich. Den Nationalen Aktionsplan entwickeln wir in einer gemeinsamen Anstrengung weiter. Wir geben Ländern und Kommunen Ressourcen an die Hand für die notwendigen Veränderungen und zielgruppengerechte Angebote, z.B. für Frauen und Familien. Über eine verlässliche Nutzung von Belegungsrechten, soziale Wohnraumagenturen und abschließbare Einzelzimmer bis zu flächendeckenden Housing-First-Angeboten wollen wir Betroffenen dauerhaftes Wohnen ermöglichen anstelle der bisherigen Unterbringung in Notschlafstellen. Unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Aufenthaltsstatus müssen sie einen Zugang zum ganzen Hilfesystem erhalten.

Begründung

Bereits in unserem letzten Wahlprogramm und auch im Koalitionsvertrag haben wir das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. Aufgrund externer Faktoren ist die Wohnungs- und Obdachlosigkeit weiter gestiegen. Vermehrt sind junge Menschen sowie Frauen und Familien betroffen. Wir dürfen daher das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Mit dem Nationalen Aktionsplan haben wir einen ersten Schritt getan für gemeinsame Strategien aller staatlichen Ebenen. Kommunen und Länder müssen die notwendigen Ressourcen erhalten, um als geeignet erkannte Maßnahmen auch durchführen zu können. Der intensive Einsatz niedrigschwelliger präventiver Hilfen vor dem Verlust der Wohnung kann oftmals Wohnungslosigkeit verhindern und die Abwärtsspirale unterbrechen. Für Menschen, die bereits von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind, muss das Hilfesystem immer als würdevolles Leben und mit dem Ziel einer eigenen Wohnung verbessert werden. Notunterkünfte, die wegen ihrer Struktur mit offenen Vielbettzimmern von Betroffenen gemieden werden, sind wenig hilfreich. Wenn ihre Nutzung innerhalb des Stufensystems ein zwingender Schritt auf dem Weg zur „Wohnfähigkeit“ ist, wird das Scheitern vorprogrammiert. Deshalb schließen wir uns den Forderungen von Expert:innen nach verschließbaren Einzelzimmern an und vertreten einen Ansatz, der mit Respekt die Wohnungslosigkeit angeht, um anschließend und auf freiwilliger Basis Unterstützung bei persönlichen Problemen zu bieten. Soziale Wohnraumagenturen und vor allem der flächendeckende Ausbau von Housing-First-Projekten ermöglichen so für viele Menschen den Weg in eine eigene Wohnung. Eine große Gruppe von wohnungs- und obdachlosen Personen sind Menschen mit nicht-

deutscher Staatsbürgerschaft und unklarem Aufenthaltsstatus, darunter viele EU-Bürger:innen, vor allem aus Osteuropa. Diese Gruppe muss ebenfalls mit ihren spezifischen Problemen in den Blick genommen werden und vollständigen Zugang zum Hilfesystem erhalten.